



Innenminister Peter Beuth im Gespräch mit der GdP

Auf Einladung der GdP Hessen wurde Innenminister Peter Beuth, in Begleitung von Dr. Roland Wagner (Leiter Ministerbüro), am 31. 7. 2018 zu einem Gespräch in der GdP-Geschäftsstelle in Wiesbaden begrüßt. In dem andert-halbstündigen Gespräch wurden die folgenden aktuellen Themen erörtert:

TASER – Wie geht es weiter mit der Einführung bei der hessischen Polizei?

Die durch Initiative der GdP Hessen erfolgten Probeläufe in Frankfurt und Offenbach sind positiv verlaufen. Daraus resultierend war die Entscheidung des Ministers, den TASER landesweit einzuführen, folgerichtig. Allerdings wird die Einführung, bedingt durch den Grundsatz „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“, zeitlich noch andauern. Es muss Rechtssicherheit für die Kolleginnen und Kollegen bestehen, und die bestehenden Ausbildungslasten durch NIT, Einsatztraining und Schießtraining müssen überdies berücksichtigt werden.

Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage

Bei der GdP-Forderung der Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage liegen die Ansichten von GdP und Innenminister derzeit weit auseinander. Die GdP sieht in der Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage die logische Fortführung einer besonderen Belastungszulage über den aktiven Dienst hinaus, denn die hohen Belastungen des Polizeivollzugsdienstes und die daraus resultierenden Langzeitwirkungen enden nicht mit dem Eintritt in den Ruhestand. Nordrhein-Westfalen und Bayern haben bereits reagiert und die Polizeizulage wieder ruhegehaltsfähig gestellt. Hieran sollte sich nach GdP-Meinung auch Hessen ein Beispiel nehmen und die so oft propagierte Wertschätzung der polizeilichen Arbeit auch tatsächlich umsetzen. Diese Forderung werden wir als hessische GdP weiterverfolgen und auch in den, bedingt durch die anstehenden Landtagswahlen, stattfindenden Podiumsdiskussionen wie z. B. den Wahlprüfsteinen am 30. August



V. l. n. r.: Jens Mohrherr, Andreas Grün, Innenminister Peter Beuth, Dr. Roland Wagner

in Wiesbaden, öffentlichkeitswirksam einfördern.

Besoldung-P

Eckpunkte der Ergebnisse von der GdP initiierten AG-Besoldung wurden Minister Beuth vorgestellt. Im Kern soll ein eigenes Besoldungssystem für die hessische Polizei kreiert werden, welches die besonderen Leistungen durch Funktionsträger honorieren soll. Diesem Ansinnen trat Innenminister Beuth zunächst kritisch gegenüber, da er als Ressortminister für eine landesweite Besoldung zuständig ist. Er sagte aber auch eine genaue Prüfung der erarbeiteten Vorschläge der GdP zu. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden schon am 14. 8. 2018 den Innenpolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen inhaltlich vorgestellt.

Stellensituation und Beförderungen/Hebungen Beamte/Tarif

Die personelle Aufstockung des strapazierten Polizeipersonalkörpers wird begrüßt. Damit einhergehend sieht auch der Minister Bedarfe, die zusätzlichen Personalzuweisungen in den kommenden Jahren gerecht zu verteilen. Basisdienststellen (zwei Drittel) und Programme (ein Drittel) sollen bedient werden. Zusätzliche Beförderungen und Stellenhebungen im Beamtenbereich sowie Höhergruppierungen im Tarifbereich können nach Meinung der GdP nur die konsequente Folge sein. Innenminister Beuth sieht beim derzeitigen Stellen-

kegel der hessischen Polizei noch „hinreichendes Potenzial“, was die GdP-Forderungen eindeutig unterstützt. Nur so können Karrierechancen und Berufszufriedenheit mit den Einstellungsbemühungen Schritt halten, fasste Landesvorsitzender Andreas Grün diesen Punkt zusammen.

Arbeitszeit

Die mithin auch im nationalen Recht verankerte EuGH-Rechtsprechung zur Arbeitszeit hat die GdP u. a. veranlasst, eine Arbeitsgruppe „Arbeitszeit“ zu initiieren. Darüber hinaus werden alle Fragen rund um die Arbeitszeit bei der Polizei beleuchtet, nicht zuletzt deswegen, weil sich sehr viele Kolleginnen und Kollegen über die Nichtplanbarkeit von Dienst und Freizeit zu Recht beschweren. Außerdem gilt es, arbeitsmedizinische Gesichtspunkte und auch Verantwortlichkeiten der Arbeitgeberseite in Bezug auf gesunde Arbeit weiter zu etablieren. Im europäischen Ausland gibt es beispielsweise bei den Polizeien alternative Arbeitszeitmodelle, bei welchen Faktorierungen der Arbeitszeit angerechnet werden und beispielsweise dann kurzfristig zu leistende Dienste bis zu einer doppelten zeitlichen Bewertung angerechnet werden. Innenminister Beuth zeigte sich überdies am Gesamtkomplex „Arbeitszeit“ interessiert und ist zu weiteren Gesprächen diesbezüglich bereit.

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

E-Bike-Leasing

In anderen Bundesländern, z. B. Baden-Württemberg, ist es möglich, dass Landesbedienstete günstig E-Bikes leasen können. Minister Beuth stellt fest, dass dieses System vergaberechtlich geprüft werden müsse und möglicherweise an den hohen Hindernissen scheitern könne. Die Landesregierung favorisiert in Bezug auf die Unterstützung von privaten E-Bikes eher das Modell eines zinslosen Arbeitgeberdarlehens.

Hessenticket

Die Mehrheit der hessischen Polizeibeschäftigten begrüßt die Einführung des Hessentickets. Der Innenminister möchte, dass es mit dem Hessenticket

auch nach dem 31. Dezember 2018 weitergeht. Wie eine diesbezügliche Umsetzung aussehen kann, wird derzeit geprüft. Die nächsten Tarifverhandlungen im Frühjahr 2019 stehen an, eine Übergangslösung bis zu den nächsten Tarifverhandlungen im März 2019 wurde von Innenminister Beuth indes angedeutet.

Innenminister Beuth betonte, dass ihm die Zusammenarbeit mit der GdP wichtig ist und bedankte sich für die konstruktive Zusammenarbeit. Landesvorsitzender Andreas Grün bilanzierte am Ende ebenfalls eine in vielen Punkten erfolgreiche Zusammenarbeit. Allerdings seien zu Beginn der Legislaturperiode, beispielsweise beim Personalabbau im Tarifbereich, bei der Einführung der Kennzeichnungspflicht Fehler gemacht worden, die letztlich

zwar zum Teil wieder korrigiert wurden, aber die GdP Hessen auf den Plan gerufen haben. Es gehöre zum Umgang zwischen Minister und Landesvorsitzendem, dass ein „konstruktiver Dialog auch im Dissens“ ausgetragen werden kann, so Grün. Das Beispiel der Einführung des TASER mache aber deutlich, dass letztlich auch greifbare Ergebnisse für die Kolleginnen und Kollegen der hessischen Polizei herauskommen. Abschließend ließen die anwesenden Vorstandsmitglieder keinen Zweifel daran, dass die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und die Schaffung weiterer Beförderungs- und Hebungsmöglichkeiten die Hessen-GdP erneut auf den Plan rufen wird und wir überdies noch viele kreative Maßnahmen ergreifen werden. **Mohrherr/Grün/Hüschentbett**





Reichsbürger – eine stille Gefahr

Seitdem das Thema der sogenannten Reichsbürger Fahrt in den Medien aufnahm, ebbt es nicht mehr ab. Durch die deutlich stärkere Befassung der Sicherheitsbehörden kommen immer mehr Details über die Menschen ans Tageslicht, die den deutschen Staat und seine Werte ablehnen. Gerade durch die vermehrten SEK-Einsätze im ganzen Bundesgebiet gibt es natürlich auch entsprechend pressewirksame Schlagzeilen. Trauriger Höhepunkt war Georgensmünd, als im Oktober 2016 ein SEK-Beamter erschossen und weitere verletzt wurden. Der Schütze, der bekennender Reichsbürger ist, wurde zwischenzeitlich zu lebenslanger Haft verurteilt.

Im Oktober 2016 hieß es noch aus Kreisen hessischer Sicherheitsbehörden, es gebe in Hessen Reichsbürger im unteren zweistelligen Bereich. Ende Januar 2017 belief sich die Zahl der Reichsbürger in Hessen bereits auf ca. 500 Anhänger. Im Februar 2017 berichtete der Wiesbadener Kurier bereits von über 600 Reichsbürgern in Hessen. Um dann im April, also gerade einmal zwei Monate später über etwa 700 Reichsbürger zu berichten.

Von diesen 700 waren ca. 100 im Bereich des PP Westhessen bekannt. Mittlerweile seien es dort wohl schon mehr als 150 Reichsbürger. Die stetig steigende Zahl dieser Menschen ergibt sich auch aus dem veränderten Meldeverhalten von Kommunen und Landkreisen. Alle Personen, die dort auf eine entsprechende Art und Weise auffallen, zum Beispiel durch Rückgabe des Personalausweises, werden an die zuständigen Sicherheitsbehörden gemeldet und dort weitergehend überprüft.

Neben der stetig steigenden Zahl der Reichsbürger steigt auch deren Gewaltpotenzial. Vorfälle, bei denen Polizisten, Gerichtsvollzieher oder Mitarbeiter kommunaler Behörden aggressiv angegangen werden, sind keine Seltenheit mehr. Gibt man eine entsprechende Begrifflichkeit in eine Internetsuchmaschine ein, bekommt man umgehend zahlreiche Berichte zu diesen Themen.

Laut dem hessischen Innenminister ist jeder zehnte im Besitz einer waffenrechtlichen Erlaubnis. Außerdem werden 10% der Reichsbürger als rechtsextrem eingestuft. Auch im Bereich des PP Westhessen gab es schon ein Aufeinandertreffen mit einem Reichsbürger, dem die waffenrechtliche Erlaubnis entzo-

gen wurde. In Lorchhausen im Rheingau wurde ein damals 64-Jähriger vorübergehend festgenommen, der dem Reichsbürgerspektrum zuzuordnen war.

Auch hier gab es damals ein breites mediales Interesse. Aus diesem Grund kann man nicht oft genug auf die Gefahren dieses Themas hinweisen.

Eine ständige Sensibilisierung ist unabdingbar, da es immer öfter zu Aufeinandertreffen mit Reichsbürgern kommt. Auch, wenn die Anhänger dieser Bewegung mittlerweile als Extremisten eingestuft werden, ist das Gefahrenpo-



tenzial noch nicht bei jedem angekommen. Auch bei der Justiz gibt es hier noch Nachholbedarf. Dies belegt auch ein Bericht aus der Bild-Zeitung mit der etwas provokanten Überschrift „Planen Reichsbürger eine eigene Armee?“. Dies bekommt dann aber ein anderes „Geschmäcke“ wenn man weiß, dass es mal das „Deutsche Polizei Hilfswerk“ (DPHW) gab, dessen Mitglieder in Fantasieuniformen auf den Straßen unterwegs waren. Die DPHW hatte militärisch angelegte Strukturen und machte auch nicht vor Entführung und Körperverletzung halt.

Aufgrund des Gefahrenpotenzials machte auch die GdP-Zeitschrift „Deutsche Polizei“ im April 2017 auf dieses Thema aufmerksam und gab Handlungsempfehlungen für den Dienst, aber auch für den Alltag unserer Kolleginnen und Kollegen. Wer den Artikel mit dem Titel „Der polizeiliche Umgang mit ‚Reichsbürgern‘ – Einsatzhinweise für Kolleginnen und Kollegen“ bisher noch nicht gelesen hat, sollte dies dringend nachholen. Auch in den Fachkommissariaten stieß der Artikel auf Wohlwollen und hilft bei der nötigen Sensibilisierung der Einsatzkräfte.

Diesem Artikel vorgeschaltet waren auch die Einstellung der GdP zum Thema „Reichsbürger“ und mögliche Konsequenzen daraus. Der GdP-Bundesvorstand machte bereits Ende 2016 mit einem entsprechenden Beschluss klar, dass eine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft der Polizei unvereinbar mit der „Reichsbürgerbewegung“ ist.

Unter anderem wird in § 2 der GdP-Satzung festgelegt, dass sich die GdP zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennt. Weiter heißt es „Die Inhalte der ‚Reichsbürger‘-Ideologie stehen in absoluter Konfrontation zu den in § 2 Absatz 1 der Satzung kodifizierten Zielen der GdP. Wer die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und die Gültigkeit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung negiert, handelt daher gegen die Interessen der GdP und verstößt gegen die Pflicht, die Ziele der GdP jederzeit zur vertreten.“

Auch der Bundesvorsitzende Oliver Malchow weist regelmäßig auf die Gefahren der „Reichsbürgerbewegung“ hin und stellt den Standpunkt der GdP hier deutlich heraus.

Bleibt zu hoffen, dass auch die Politik das Thema nach zwei, drei ruhigen Monaten nicht wieder aus den Augen verliert. Es ist äußerst wichtig, dass die Polizei immer über das nötige Personal und die entsprechende Ausstattung verfügt, um all diese Phänomene entsprechend bekämpfen zu können. Und es bleibt zu hoffen, dass sich solche Zwischenfälle wie in Georgensmünd nicht wiederholen!

Daniel Klimpke

Info:

Die Reichsbürgerbewegung bzw. die ihr zuzurechnenden Gruppierungen bestreiten die Existenz der Bundesrepublik Deutschland als legitimer und souveräner Staat. Sie weigern sich mit dieser Begründung, unter anderem Steuern und Bußgelder zu zahlen oder Gerichtsbeschlüsse und Verwaltungsentscheidungen zu befolgen. „Reichsbürger“ berufen sich darauf, dass ihrer Meinung nach das Deutsche Reich weiterhin fortbestehe, entsprechend ihrer Ideologie entweder in den Grenzen des Deutschen Kaiserreichs oder in denen von 1937. Quelle:Wikipedia



Die Parteien im Verhör

Workshop und Podiumsdiskussion der JUNGEN GRUPPE (GdP)

Arbeitgeber Polizei:
Ist die hessische Polizei für junge Menschen noch attraktiv?
Ausblicke und Erwartungen an die Landtagswahlen!



- ✿ Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufs
- ✿ Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- ✿ Moderne Ausrüstung und Ausstattung
- ✿ Mehr Personal / Fachkräfte für die Polizei
- ✿ Umgang mit (neuen) Kriminalitätsphänomenen
- ✿ Keine Gewalt gegen Polizeibeamt/innen

Sie haben 2 Stimmen



Workshop Podiumsdiskussion

| | |
|---|---|
| 1 24.09.2018 um 10:00 Uhr Station Lounge, Am Hauptbahnhof 10, 60329 Frankfurt am Main | 1 24.09.2018 um 18:00 Uhr Station Lounge, Am Hauptbahnhof 10, 60329 Frankfurt am Main |
|---|---|



Anmeldungen an: hessen@gdp-jg.de
 Anmeldeschluss: 09.09.18
 Weitere Infos: www.gdp.de/hessen



Gewerkschaft der Polizei

JUNGE GRUPPE **BB Bank**

HAUPTBAHNHOF

4.

KASSELER BLAULICHT MILIEU-PARTY

6.9.2018 19:30 UHR
Gleis 1 Kassel
Rainer-Dierichs-Platz 1 · 34117 KS

KARTEN?
Vorverkauf: 4,-€
Abendkasse: 8,-€
(Karten sind begrenzt!)

DIE PARTY FÜR ...
Bedienstete von Landespolizei, Studenten
HfPV, Bundespolizei, Justiz, Ordnungsamt,
THW, Zoll, Rettungsdienst, Krankenhäuser,
Feuerwehr etc..

▪ mit DJ Chilly T.
▪ Welcome-Drink bis 21 Uhr



Kreisgruppe
Kassel

Gleis100
Restaurant & Club



SIGNAL IDUNA
PVAG Polizeiversicherungs-AG
Agenturen Klemm und Linke

WEITERE INFOS & KARTENVORVERKAUF:

- Polizei präsidium Nordhessen / Personalratsbüro (Tel.: 0561-910 1012 Kollege Ruppel)
- Loh-Kaserne Baunatal (Tel.: 0561-910 3616 Kollege Möhring)
- GdP-Kreisgruppe BPOLI Kassel / Heerstraße 5 - 34119 Kassel (Tel.: 0561 81616 4501 Kollege Thomas Weichert)
- GdP Stand HfPV/Bereitschaftspolizeiabteilung, Frankfurter Straße 365, 34134 Kassel, tobias.flierl.gdp@web.de



VERANSTALTER:

GdP Bezirksgruppe Nordhessen / JUNGE GRUPPE Nordhessen, Kontakt: Grüner Weg 33, 34117 Kassel
Tel.: 0561-910-1012 - E-Mail: gdpplks@t-online.de / ulli.franiek.gdp@web.de, GdP-Kreisgruppe BPOLI Kassel



ARBEITSGRUPPEN

Startschuss für die AG „ArbeitsZEIT“



ArbeitsZEIT – jeder Leser hat sofort eine Idee zu diesem Thema, bei den meisten wird sich alsbald ein ganzes Bilderbuch im Kopf öffnen. Ein Thema, welches die Polizei seit Jahr und Tag in den verschiedensten Facetten bewegt.

Nach der Bundes-GdP hat jetzt auch die hessische GdP eine Arbeitsgruppe „ArbeitsZEIT“ ins Leben gerufen. Bei einer Sitzung der für das Thema Verantwortlichen wurden die ersten Eckpunkte vereinbart.

Klar umrissen ist das Ziel: Gesundes Arbeiten nach den Wünschen der Mitarbeiter im Rahmen des rechtlich Möglichen muss immer der Leitfaden der Arbeit sein. Klar auch: dDe Arbeitsgruppe geht offen an die ohne jeden Zweifel bestehenden Probleme

heran. Ziel ist es nicht, eine bereits formulierte Vorstellung umzusetzen, sondern neue Modelle gemeinsam mit den Mitarbeitern, der Polizeiführung, Fachleuten und der Politik zu erarbeiten und anschließend an die Umsetzung zu gehen.

Diesem Grundsatz folgend sollen auch alle handelnden Personen und Gruppen von Anfang an in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Und an diesem Grundsatz orientieren sich auch die Veranstaltungen, die bereits heute geplant sind.

Zum Auftakt soll das Projekt im Rahmen einer Vorstellung einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden. Hier sollen – neben der Vorstellung des Bundesprojektes – auch Arbeitsmediziner und Praktiker einen Einblick in die Thematik vermitteln. Auch ein Blick über den Tellerrand gehört zum Programm: Was passiert in anderen Bundesländern und wie stellen sich andere Berufsgruppen oder andere europäische Polizeibehörden auf die stetig wachsenden Anforderungen ein.

In einem nächsten Schritt soll in einer Fragebogenaktion der Wille unserer Kolleginnen und Kollegen ab-

gefragt werden. Einzelne Veranstaltungen mit Kolleginnen und Kollegen vor Ort zu speziellen Themenbereichen sollen folgen.

Bewusst wurde in diesem Bericht darauf verzichtet, einzelne Themenbereiche zu nennen. Viel zu breit gefächert ist der Strauß an Gebieten, die es zu bearbeiten gilt – und keiner dieser zum Teil auch miteinander verwobenen Bereiche sollte hervorgehoben oder vernachlässigt werden.

Das Thema ArbeitsZEIT ist eine Mammutaufgabe. Ein abschließendes Ziel wird nicht zu realisieren sein, sondern immer nur Meilensteine, die auch nur Teil eines fließenden Prozesses sind.

Wir laden alle Kolleginnen und Kollegen ein, an diesem Entwicklungsprozess teilzunehmen und sich in den verschiedenen Teilbereichen einzubringen! Wir freuen uns auf interessante Diskussionen und auf konstruktives Arbeiten auf dem Weg zu intelligenten Lösungen.

Über die erzielten Ergebnisse werden wir in unseren Zeitschriften, auf der Homepage und in den sozialen Netzwerken berichten.

Harald Zwick

Landesfachausschuss traf sich zum Schwerpunkt Ordnungspolizei

Mitte Juni 2018 haben wir in den Räumen der GdP-Geschäftsstelle in Wiesbaden die gemeinsamen Ziele des Landesfachausschusses Ordnungs-/Wachpolizei weiter aufgearbeitet.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde (weil einige neue Mitglieder dabei waren) stiegen wir in die Tagesordnung ein.

Hierzu hatten wir uns fachkompetente Personen geholt. Dies waren Gerhard Starke, Michael Römig, Thomas Egenolf und unser Geschäftsführer Bernd Kuske-Schmittinger

Es wurde eine Vorstellung „Landeseinheitliches Wappen für die Ordnungspolizei“ vorgelegt, ein Gespräch mit Herrn Gerhard Starke zum Thema Bestellung geführt und die Themen Absicherung bei Dienstunfällen, Besoldung, Ausbildung und Funk besprochen.

Wir hatten hierzu auch den Hessischen Städte- und Gemeindebund schriftlich eingeladen, dieser ist jedoch der Einladung nicht gefolgt. Die o. g. Themen werden jetzt aufge-

arbeitet, und unserem zuständigen Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand, Heinz Schiskowsky, zur weiteren Beratung und Aufarbeitung übergeben.

Ralf Heil



Muddy Angel Run 2018 – gemeinsam gegen Brustkrebs

Gemeinsam gegen Brustkrebs, „Der Krebs kämpft dreckig, das können wir auch!“, unter diesem Motto machten sich neun Mädels der Frauengruppe der GdP Nordhessen begleitet von ihren Betreuern Fabian und Lars Elsebach, vom Norden, des Landes aus Kassel in den Süden nach Frankfurt am Main auf.

kots unter dem Motto „Gemeinsam starten, gemeinsam kämpfen, gemeinsam das erklärte Ziel erreichen!“ los.

Zu bewältigen war ein fünf-km-Parcours mit 15 Hindernissen durch Schlamm, Schaum und Wasserbecken, die uns aufgrund der Hitze sehr gelegen kamen.

Es galt, Mauern zu überklettern, durch Wasserbecken zu hangeln und zu tauchen, über schlammige Berge zu rutschen und durch Schlamm zu robben, über Holzwicken zu balancieren und Lkw-Reifen inklusive Teammitglieder zu tragen u. v. m.



Bei sonnigen 30 Grad kamen wir gutgelaunt und hochmotiviert mit dem Landesticket an der Commerzbankarena an, wo der Muddy Angel Run bereits im vollen Gange war.

So konnten wir im Vorfeld bereits ahnen, was uns erwartete und wie wir zu späterer Zeit aussehen würden.

Nach dem Check-in ging es für uns zum Warm-up, wo uns die Mädels der Veranstaltung schon ordentlich einheizten.

Um 13.00 Uhr ging es in unseren hübschen fuchsia-farbenen GdP-Tri-

Der Parcours hat unglaublich viel Spaß gemacht und wir kamen dreckig, erschöpft aber glücklich gemeinsam als Guardian-(Muddy-) Angels von der Gewerkschaft der Polizei-Frauengruppe Nordhessen nach 1:40 Std. im Ziel an.

An dem Wochenende nahmen bei diesem Event insgesamt 12 000 Frauen den Kampf gegen den Brustkrebs auf.

Ein Euro der Startgebühr ging als Spende an den Verein „Brustkrebs Deutschland e.V. – Prognose Leben“ ein.

Es war eine super Teambuildingmaßnahme und wir sind vom Virus infiziert, was zur Folge hat, dass es nicht das letzte Mal war.

**Alex Ludwig,
Sylvia Paar, Tanja
Kleinert, Jutta
Angersbach,
Monika Sadowski-
Jacobi
(Frauengruppe
Nordhessen)**



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Markus Hüschentbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

